

25. Januar 2017

Nr. 113

11. Jahrgang



„Vorwärts und nicht vergessen - die Solidarität!“ Brechts „Solidaritätslied“ wurde zum Abschluss der Auftaktveranstaltung der europäischen und deutschen LINKEN für das Jahr 2017 am 15. Januar im Berliner Filmtheater „Kosmos“ angestimmt. Im Bild u.a. das Spitzenquartett der LINKEN für die Bundestagswahl im September. Bereits am Tag zuvor hatten Katja Kipping, Sarah Wagenknecht, Dietmar Bartsch und Bernd Riexinger in seltener Harmonie den unter dem Motto „Sozial.Gerecht.Für alle“ stehenden Entwurf des Bundestagswahlprogramm der LINKEN vorgestellt. In ihm beschreibt DIE LINKE eine Zukunft, für die sie kämpfen wird - als einzige wahre Friedenspartei und Rechtsstaatspartei in diesem Lande. Wir berichten in dieser Ausgabe.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. aktiviert:

Kreisverband der LINKEN bereitet den Wahlkampf vor

2. bewertet:

Kreistagsfraktion der LINKEN zur Dezember-Tagung des mittelsächsischen Kreistages

3. informiert:

Vorbereitung auf den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & politischer jahresauftakt der linken in berlin
- 4 **titelthema 1: wahlkampfstart**
- 5 disput zur strategie der linken
- 6/7 **titelthema 2: ergebnisse des dezember-kreistages**
- 8 **titelthema 3: gedenktag für die opfer des nationalsozialismus**
- 9 ausstellung zur häuslichen gewalt & disput
- 10 serie zur politischen bildung: beitrage -18 - hannah arendt - vom tätigen leben
- 11 kreisvorstand aktuell & glückwünsche & jahrestage
- 12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 22. Februar 2016. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 15. Februar. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und Bürgerbüros zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.
Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen
Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.
Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Robert Linke, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Kälte und vor allem viel Neuschnee sind wir in das neue Jahr gestartet, welche mit den Bundestagswahlen (wahrscheinlich am 24. September) ein bedeutendes Ereignis auch für DIE LINKE bereithält. Mitte dieses Monats hat mit der Vorstellung eines ersten Entwurfs des Bundestagswahlprogramms - nach dem Beschluss über die Wahlstrategie bereits Anfang Dezember - die inhaltliche Vorbereitung auf die „Schlacht um die Wähler“ praktisch begonnen. Auch im Kreisverband der mittelsächsischen LINKEN ist man in die Vorbereitung der Wahlen gestartet. Nachdem bereits Anfang Dezember **Falk Neubert** auf einer Kreiswahlversammlung in Flöha als Direktkandidat der LINKEN für den Bundestagswahlkreis „Mittelsachsen“ nominiert worden ist, erfolgte am 14. Januar in Limbach-Oberfrohna die Nominierung von **Jörn Wunderlich** für den Wahlkreis, zu welchem neben Teilen des Erzgebirgskreises und des Kreises Zwickauer Land auch die Region um Penig, Burgstädt und Rochlitz aus Mittelsachsen gehört. Wir stellen die beiden Direktkandidaten unseren Leserinnen und Lesern vor und berichten über die Teilnahme einer kleinen Delegation des Kreisverbandes am politischen Jahresauftakt der LINKEN in Berlin.

Mit der Veröffentlichung des Entwurfs des Bundestagswahlprogramms der LINKEN rückt in den kommenden Monaten dessen Diskussion in der Partei in den Mittelpunkt. Beschlossen wird es auf dem Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni in Hannover. In unserer heutigen Ausgabe geht es im Standpunkt, in der Kolumne und im bereits im Dezember angekündigten Artikel von **Reinhard Kluge** durchaus kontrovers um Fragen der Strategie der LINKEN im Vorfeld der Bundestagswahl. Im Mittelpunkt der Berichterstattung von **Sabine Lauterbach** aus der Kreistagsfraktion der LINKEN steht die Sitzung des Kreistages vom 14. Dezember. Sie widmete sich - neben ausführlichen Informationen des Landrates zur Asylproblematik - vor allem dem Kreishaushalt für das kommende Jahr. Wir informieren weiterhin über die vielfältigen Aktivitäten, die am 27. Januar, dem alljährlichen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus unter Federführung oder Beteiligung der Ortsverbände der LINKEN stattfinden, Wir informieren ebenfalls über eine Vielzahl von Veranstaltungen, welche in den kommenden Wochen stattfinden. Unser heutiger Beitrag der Serie zur politischen Bildung und Information aus der Feder von **Reik Kneisel** ist Hannah Arendt gewidmet. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir - wie allmonatlich - eine anregende Lektüre unserer Zeitung.

die linke und das entscheidende jahr 2017

von Hans Weiske

Ich stehe seit vergangenem Sonntag noch ganz unter dem Eindruck der Jahr für Jahr immer wieder berührenden Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde und dem nachmittäglichen Jahresauftakt der europäischen und deutschen Linken im ehemaligen Filmtheater „Kosmos“ in der Hauptstadt. Ganz zufällig trafen Ruth Fritzsche und ich dabei in Friedrichsfelde auf Katja Kipping und Bernd Riexinger und es kam zu einem kurzen Dialog. Wir drückten unserem Schmerz darüber aus, dass das „Führungsquartett“ der LINKEN durchaus nicht immer als ein homogener Block von Gleichgesinnten wahrgenommen wird. Darauf antwortete Katja, dass es in der vergangenen Woche endlich zu einer Differenzen ausräumenden Verständigung unter „acht Augen“ gekommen sei und das ihr viel Optimismus gegeben hätte. Solcher Optimismus hat auch den politischen Jahresauftakt der LINKEN geprägt, der am Tag zuvor die Spitzenpolitiker von Partei und Fraktion und die Landesvorsitzenden zusammenführte. Das von der bürgerlichen Presse erhoffte „Waschen dreiköpfiger Wäsche“ blieb aus, Geschlossenheit wurde demonstriert. In der Berliner Kulturbrauerei wurde bekanntlich auch der erste Entwurf des Bundestagswahlprogramms präsentiert, über dessen Inhalt nach den Worten vieler Kommentatoren offensichtlich weitestgehender Konsens in Partei- und Fraktionspitze besteht. Viele Vorschläge und Erfahrungen - so die Autoren - seien bereits im Vorfeld geäußert worden und in den Programmentwurf eingegangen. Nun sei die vielzitierte „Basis“ gefragt, sich an der Debatte zu beteiligen. Es soll diskutiert werden, „was noch fehlt, was geändert werden sollte und wie wir gemeinsam in einen guten und kämpferischen Wahlkampf starten können“. Ich meine, wer sich in die Diskussion um die Strategie der LINKEN einbringen will, sollte sich jetzt hinsetzen und mit den etwa 70 Seiten des Programmentwurfs auseinandersetzen. Es steht seit dem Tag der Pressekonferenz im Internet. Auch im Kreise der Genossinnen und Genossen der Ortsverbände und Basisgruppen sollte es diskutiert werden. In der gegenwärtigen Debatte stimme ich mit Reinhard Kluge (siehe seinen Artikel auf Seite -5-) voll und ganz überein, dass DIE LINKE mit ihren Inhalten durchaus richtige Positionen besetzt, sie damit aber zu den Wählern durchdringen und sich noch viel mehr mit der Gefahr auseinandersetzen muss, als Teil eines neoliberalen Parteienkartells wahrgenommen zu werden. Diese Erkenntnis hat sich übrigens beim Jahresauftakt in den Beiträgen von Kipping, Wagenknecht, Bartsch und Riexinger durchaus wiederspiegelt. Deshalb halte ich es für maßlos übertrieben, wenn Michael Matthes in seiner nebenstehenden Kolumne unserer Partei einen verheerenden Zustand der politischen Inhalte attestiert, welcher der Führungsschwäche praktisch aller Spitzenpolitiker mit Ausnahme von Sarah Wagenknecht geschuldet sei.

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag**

Die Partei DieLinke hat das Wahlprogramm zur Bundestagswahl vorgelegt. Wenn man es als praktizierender Linker wahrnimmt, steckt darin viel Attraktives. Ich fürchte aber, darauf kommt es nicht mehr an. Es scheint darauf anzukommen, ob Otto und Otilie Normalbürger dieses Programm annehmen und es sich zu Eigen machen. Vielmehr scheint es Realität zu sein, dass sich die Gesellschaft gespalten hat. Auf der einen Seite Diejenigen, die meinen: Der Staat bin ich und dabei doch nur den Staat mit sich selbst verwechseln. Die Anzahl derer wächst. Sie okkupieren vorzugsweise die demokratischen Strukturen und machen damit diese Strukturen undemokratisch, weil sie nicht mehr das Volk repräsentieren. Und auf der anderen Seite Otto und Otilie, die das Ganze nicht mehr verstehen können und es demzufolge auch zunehmend nicht mehr verstehen wollen. Dieser Prozess verstärkt sich durch das dem sogenannten gesunden Menschenverstand hohnsprechende Verhalten nicht weniger Akteure der sogenannten etablierten Parteien. Und DieLinke? Auf der großen Bühne gibt es nur noch eine Linke, die die Kluft überbrückt. Es ist Rosa Luxemburg alias Sarah Wagenknecht. Man muss sich heute schon über die Medien wie Presse und Talkshow bemerkbar machen, um von Otto und Otilie wahrgenommen zu werden. Das tut sie, die Sahra bravourös. Doch aus der eigenen Partei heraus bläst ihr der Wind kräftig ins Gesicht. Nun irrt auch eine Jede, die da strebt. Sahra heute und die echte Rosa seinerzeit vor hundert Jahren. Doch liegt die Ursache bei Sahra Wagenknecht? Wohl kaum! Die Partei DieLinke ist, was die politischen Inhalte betrifft, in einem verheerenden Zustand, resultierend aus der Führungsschwäche der Verantwortlichen. Die Situation ist ernst und doch fällt mir als Charakterisierung nur das unernste Bonmot ein: Jeder macht, was er will; keiner, was er soll; aber alle machen mit. Was lustig klingt, hat fatale Folgen. Dabei hatte die Partei DieLinke schon einen bedeutenden Etappensieg erzielt. Gemeint ist das Erfurter Programm, an dessen Zustandekommen Sahra seinerzeit als spiritus rector mitgewirkt hatte. Doch es vermodert in den Schubfächern anstelle fortgeschrieben zu werden. So wäre es in Anbetracht des Migrationsgeschehens heute zu revidieren in seinen gestrigen Formulierungen. Die Praxis hat die seinerzeitigen Ansichten nicht bestätigt. Und so verhält es sich mit vielen Denkanlässen des Erfurter Programms. Herausgekommen ist, dass man bei vielen Thematiken diese Themen der Alternative für Deutschland überlassen hat, anstelle linke Antworten vor der AfD zu geben. Das kann man nicht korrigieren, indem man dies nachholt. Dann läuft man der AfD hinterher. Da ist Sahra anfechtbar. (mm)

mit brechts „solidaritätslied“ ins jahr 2017

von Ruth Fritzsche

Seit einigen Jahren organisiert die Europäische LINKE (EL), im Zusammenwirken mit unserer Bundestagsfraktion eine zündende politische Auftaktveranstaltung zum Jahresbeginn. In diesem Jahr stand sie unter dem Motto:

**„Gewerkschaften stärken Menschlichkeit:
Antikommunismus zerstört.“**

In bewährter Weise führten **Diether Dehm** und **Judith Benda** durch das vielfältige Programm. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, **Dietmar Bartsch**, eröffnete

aus Spanien, **Malte Mola**, **Catarina Soares Martins** aus Portugal unanwesend waren. Sie alle leisteten ihren Beitrag zum Gelingen der Veranstaltung. Dazu gehört auch die Polin **Alicia**, die in ihrem Heimatland um die Frauenrechte kämpft. Da aber nicht nur geredet wurde, kamen auch Kabarettisten und Musiker wie **Heinz Rudolf Kunze**, **Mikail Aslan** und die Türkische **Grup Yorum** mit ihren musikalischen Beiträgen zu Wort. Sie sorgten für eine überwältigende Stimmung. Diese Stimmung ging über in eine mit Begeisterung aufgenommene Rede von **Sahra Wagenknecht**. Im Gedenken an die kürzlich verstorbene grandiose Brecht-Interpretin, **Gisela May**, sangen wir zum Abschluss gemeinsam alle fünf Verse des Solidaritätsliedes von **Bertolt Brecht**.



Diether Dehm (ganz links) und **Judith Benda** (einziges weibliches Wesen im Männerblock) moderierten die Gesprächsrunde mit **Oskar Lafontaine**, dem VW-Betriebsratschef **Uwe Fritsch**, **Bernd Riexinger** und dem Bundespräsidenten-Kandidaten der LINKEN, **Christoph Butterwege** (von links). Frauenpower im schweren politischen Geschäft versprühten **Katja Kipping** und **Sarah Wagenknecht** (unten von links).

mit einer schlagkräftigen Begrüßungsrede. Sein Anliegen im Wahljahr 2017 ist unser gemeinsamer Kampf um eine starke LINKE, die alles dafür tun muss, einen Politikwechsel zu erreichen, um dem Neoliberalismus Einhalt zu gebieten. Als TeilnehmerInnen konnten wir uns darüber freuen, dass der Kandidat der LINKEN für die Bundespräsidentenwahl, **Prof. Dr. Christoph Butterwege** die Vizepräsidentin der Europäischen LINKEN

Alles in allem war diese Veranstaltung für alle Teilnehmenden ein wunderbarer Auftakt, der, wie Sahra Wagenknecht u.a. zum Ausdruck brachte, Mut macht für unsere kommenden Wahlkämpfe. Wie unsere kleine Delegation aus Freiberg, **Kornelia Metzger**, ihr Lebensgefährtin **Harry Weidner**, **Hans Weiske** und ich, führen bestimmt die meisten mit neuem Schwung gestärkt nach Hause.

start in den wahlkampf zur bundestagswahl im september

Bereits im November hatten wir **Lars Kleba** als Wahlkampfmanager für die Bundestagswahlen des Kreisverbandes der LINKEN vorgestellt und darauf verwiesen, dass der inhaltliche Start mit der Veröffentlichung des ersten Entwurfs des Bundestagswahlprogrammes Mitte Januar erfolgt. Das ist inzwischen geschehen (siehe Seite -10-) und es geht los! Am 26. Januar - mitten am Tag nach Auslieferung dieser Ausgabe aus der Druckerei an die Bürgerbüros und Ortsverbände - findet die erste Beratung des Wahlstabes statt. Am 14. Januar wurde **Jörn Wunderlich** im Bundestagswahlkreis 163, zu dem auch die Region um Burgstädt, Penig und Rochlitz aus Mittelsachsen gehört, auf der Wahlkreiskonferenz in der Parkschänke Limbach-Oberfrohne mit 98,4 Prozent der Stimmen zum Direktkandidaten der LINKEN gewählt. Bereits am 3. Dezember (wir berichteten) bestätigte die gleiche Veranstaltung im Bundestagswahlkreis 161 **Falk Neubert** als Direktkandidaten.

Im folgenden stellen wir die beiden Direktkandidaten der LINKEN vor und veröffentlichen Gedanken von Lars Kleba zum Start in den Wahlkampf.



Falk Neubert

Direktkandidat der LINKEN im Bundestagswahlkreis 161 (Mittelsachsen)



Jörn Wunderlich

Direktkandidat der LINKEN im Bundestagswahlkreis 163 (Chemnitzer Umland-Erzgebirgskreis II)

Falk Neubert wurde am 27. Januar 1974 in Dresden geboren. Dem Besuch der Polytechnischen Oberschule schloss sich von 1990 bis 1993 eine Berufsausbildung als Koch im Schwarzwald an und besuchte danach bis 1996 ein Berufliches Gymnasium in Dresden. Zwischen 2000 und 2008 absolvierte Neubert ein Magisterstudium der Soziologie und der Kommunikationswissenschaft an der TU Dresden. Falk Neubert wohnt in Mittweida und hat eine Tochter.

Seit 1999 ist Falk Neubert Mitglied des Sächsischen Landtages. Er ist Medienpolitischer Sprecher und Sprecher für Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Seit September 2011 ist er Kreisvorsitzender der LINKEN in Mittelsachsen.

Jörn Wunderlich wurde am 16. Januar 1960 in Gladbeck (NRW) geboren. Er studierte in Berlin und Göttingen Jura. Seit April 1991 war er bei der Staatsanwaltschaft und am Amtsgericht in Chemnitz tätig, seit Mai 2005 als Familienrichter. Jörn Wunderlich ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Im Jahr 1999 trat Wunderlich in die PDS ein. Zwischen 2004 und 2014 war er Kreisrat im Kreis Chemnitz Land bzw. Landkreis Zwickau. Er ist Stadtrat und Mitglied des Ortsvorstandes in Limbach-Oberfrohna. Seit Oktober 2005 ist Jörn Wunderlich Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Familienpolitischer Sprecher der Fraktion der LINKEN.

vor allem auffallen. Positiv!

Und für alles Anfallende und Auffallende brauchen wir helfende Hände. Ob GenossIn oder SympathisantIn. Alle müssen wir ran und für eine starke LINKE in Mittelsachsen streiten. Aktuell brauchen wir noch Leute für den ganzen Social-Media-Bereich (Facebook, Internet, WhatsApp). GenossInnen die hier Interesse haben, sollten sich einfach bei mir melden.

Und eigentlich „nein“, um die oben gestellte Frage nochmals aufzugreifen. Denn die politischen Vorzeichen sind mehr als deutlich und zeigen: Alles, was wir jetzt tun, wird genauestens beobachtet. Vom politischen Konkurrenten und natürlich auch von unseren Wählern.

Also: Wahlkampfbrille aufgesetzt und auf gehts! ich bin bereit und stehe euch immer für Ideen, Nachfragen, Anregungen, Verrücktes und Machbares zur Verfügung.



Lars Kleba während seiner Rede auf dem Kreisparteitag, die gleichzeitig Kreiswahlversammlung war, am 3. Dezember des vergangenen Jahres in Flöha. Er ist am einfachsten erreichbar unter:

lars.kleba@dielinke-sachsen.de

Geht´s los?

Sind wir schon mittendrin im Wahlkampf? Eigentlich „nein“, denn bis zum wahrscheinlichen Termin am 24. September bleiben uns noch einige Monate Zeit. Diese nutzen wir auf jeden Fall für wichtige organisatorische Vorbereitungen. Der mittelsächsische Wahlstab wird sich am 26. Januar das erste Mal treffen. Nun folgen regelmäßige Verständigungen. Außerdem bin ich derzeit in allen Ortsvorständen unterwegs und wir besprechen ganz konkret, was mit eigenen Kräften geht und wo wir Unterstützung organisieren müssen. Plakatieren, Zeitung stecken und neue Ideen. Wie können schon jetzt DIE LINKE und unsere beiden Direktkandidaten bekannter machen, auf der Grundlage des Programmentwurfs Themen setzen und

Hilf mit!

Für gute Arbeit und gute Renten, für gute Gesundheitsversorgung für alle, für faire Bildungschancen und Frieden.

Deine Ideen, dein Engagement, deine Spende: spenden.die-linke.de



Das nebenstehende Bild - aufgenommen während des Grußwortes des griechischen Ministerpräsidenten **Alexis Tsipras** - wurde uns von unserem Redaktionsmitglied **Marika Tändler-Walenta** zur Verfügung gestellt. Sie war Teilnehmerin des Fünften Kongresses der Europäischen Linken (EL), der vom 16. bis 18. Dezember im Berliner Congress Center tagte. Am 17. Dezember wurde **Gregor Gysi** zum Präsidenten der EL gewählt. Seine Rede stand unter dem Motto „Wir Linken müssen wieder rebellischer werden“.

Die Partei der Europäischen Linken wurde vor zwölf Jahren gegründet und hat heute 32 Mitglieds- und Beobachterparteien, die gemeinsam für den politischen Wandel in Europa kämpfen.

die linke vor einem schwierigen jahr

von reinhard kluge rechenberg-bienenmühle

In unserer Dezember-Ausgabe informiert wir über einen Artikel von **Reinhard Kluge**, den er unter dem Eindruck der Kreiswahlversammlung Anfang Dezember verfasste. Er hat ihn, versehen mit der folgenden Hintergrund-Info, neu geschrieben: „Mein Artikel nimmt Gedanken und Sätze auf, die ich Euch für das letzte Heft übersandt hatte. Mich bewegt die Diskussion, die ich zur Zeit im „neuen deutschland“ verfolge, über mögliche Konstellationen nach der Bundestagswahl. Diese Diskussion hatten wir kürzlich auch auf einer Versammlung des Ortsverbandes BED. Zu meiner nicht geringen Überraschung war die Skepsis der sich äußernden Mitglieder hinsichtlich einer Linkskoalition auf Bundesebene sehr groß, nicht nur bei Rotfuchsmitgliedern. Und so ist mir die Äußerung von Gregor Gysi, dass sich 90 % der Mitglieder für eine solche Koalition aussprechen, nicht recht nachvollziehbar. Ich hatte einen außenpolitischen Kompromiss zur Diskussion gestellt: Verzicht auf einen sofortigen NATO-Austritt bei gleichzeitiger Forderung nach Nichtteilnahme an militärischen Auslandseinsätzen sowie Rüstungsexportverzicht, auch mit der Begründung, dass schon diese beiden Punkte für die SPD und Grüne eine Riesenkröte seien. Dieser Kompromiss wurde als nicht gangbar, der NATO-Austritt als unverzichtbar angesehen.“



Rüstungsspirale dreht sich weiter, besonders Besorgnis erregend bei der Umrüstung der Atomwaffen. Der von der NATO provozierte kalte Krieg gegen das kapitalistische Russland hat reale militärische Konsequenzen, die den Weltfrieden bedrohen.

Da stellt sich die Frage: **Wie ist DIE LINKE in der BRD, aber auch in unserem Kreis für die Zukunft, besonders auch für die bevorstehenden Wahlkampfe aufgestellt?**

In einem Land, das zum Zentrum des global agierenden Finanzkapitals gehört und mit seiner neoliberalen Ausrichtung die Profitmaximierung auf Kosten des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, der Erhaltung von Natur und Umwelt und des friedlichen Zusammenlebens der Völker betreibt.

Das führt zu weiteren Fragen: **Warum dringen wir mit unseren richtigen sozialen Forderungen nicht (mehr) durch, warum verlieren wir Wähler an die neue Rechte, warum erscheint unsere Partei als Teil des Parteienkartells und nicht als grundsätzliche gesellschaftliche Opposition?** Diese Fragen zu beantworten, setzt selbstkritische Analyse voraus, auch Analyse der Inhalte und Methoden der vergan-

genen Wahlkämpfe. Spricht es die Menschen an, wenn wir sagen, wir wollen es „besser machen“? Fragt sich da nicht jeder, was Linke an neoliberaler Politik besser machen könnten? **Nicht lediglich besser, sondern anders machen, sollte unsere Losung sein: Eine Politik im Interesse der lohnabhängig Beschäftigten, nämlich demokratisch, sozial und ökologisch, zusammen mit den Bürgern, den Gewerkschaften und den zivilgesellschaftlichen Organisationen!**

Dabei müssen wir unseren Wählern ausreichend erklären, dass wir unter kapitalistischen Bedingungen nicht mehr aber auch nicht weniger tun können, als den Sozialstaat gegen die Angriffe des Kapitals zusammen mit den Werktätigen zu verteidigen und auszubauen sowie für höhere Löhne, Gehälter und Renten (im Verhältnis zur Steigerung der Gewinne), für Verkürzung der Arbeitszeit und für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu kämpfen.

Schon dieser Kampf ist schwierig genug in einer Zeit, in der die sozialdemokratischen Parteien in Großbritannien, Deutschland und Frankreich entschieden auf den neoliberalen Kurs eingeschwenkt sind und die Forderung einer sozialistischen Gesellschaft

aufgegeben haben. Zusammen mit den Parteien des Großkapitals stehen sie für ungehemmte Profitmaximierung, für Umverteilung von unten nach oben. Die negativen Folgen betreffen übrigens auch die sogenannte Mitte der Gesellschaft, wie zum Beispiel die faktische Enteignung der Sparer, der Riesterverträge und Lebensversicherungen mittels der Niedrigzinspolitik zeigt. Die mitregierenden sozialdemokratischen Parteien in Europa stehen für Deregulierung der Banken, für Abbau staatlicher Kontrollfunktionen,

für „freien“ Welthandel auf Kosten der 3. Welt, für Marktbeherrschung, auch mit militärischen Mitteln. Warum prangern wir das auf unseren Wahlplakaten eigentlich nicht an?

Unbefriedigend ist nicht zuletzt die **analytische Arbeit in unserer Partei hinsichtlich der Regierungsbeteiligungen auf Länderebene**. Was ist dabei erreicht worden, was nicht? Warum haben wir dabei stets einen Teil unserer Wähler verloren? Ist das eine Art Gesetzmäßigkeit der „Integrationsfalle“, oder auch eine Folge allein der unzureichenden Vermittlung und Information über erzielte positive Ergebnisse einerseits und über Misserfolge, die den unumgänglichen Kompromissen in einer Koalition geschuldet sind, andererseits? Ist eine ausreichende Kommunikation zwischen unserer Partei und ihren Wählern über solche Probleme angesichts der Machtverhältnisse im Mediensektor überhaupt erreichbar? Die geschichtlichen Erfahrungen, auch über Deutschland hinaus, belegen leider: Aus bisherigen Regierungsbeteiligungen sind Linke eher geschwächt hervorgegangen.

Angesichts der aktuellen Umfragewerte von „Rotrotgrün“ ist die Möglichkeit einer solchen alternativen Koalition auf Bundesebene für 2017 zur Zeit wenig wahrscheinlich. Zwar ist es dennoch wichtig, den Gesprächsfaden zwischen diesen Parteien weiter zu spinnen, um eine tragfähige linke Alternative zu diskutieren, für die gesellschaftliche Mehrheiten gewonnen werden können. Das ist offensichtlich schwierig genug, wenn man bedenkt, dass Sozialdemokraten und Grüne die imperialistische NATO-Politik seit dem Jugoslawienkrieg aktiv mitgetragen haben. Ohne deren Rückkehr und Bekenntnis zu friedlicher Koexistenz nach den Prinzipien der Helsinki-Akte von 1975 ist für uns Linke eine Koalition auf Bundesebene kaum vorstellbar. Heute ist für eine solche Koalition die Zeit noch nicht reif. Denn ohne einen wirklichen innen- und außenpolitischen Richtungswechsel würde eine Mitte-Links-Regierung zur Zeit nur das Projekt eines gemäßigten Neoliberalismus mit unverändert imperialistischem Charakter verfolgen können. Die Teilnahme daran würde (ich zitiere Michael Brie im ND vom 28. November 2016) „den gesellschaftlichen Gebrauchswert der Partei DIE LINKE zerstören, sie selbst zerreißen und in die Bedeutungslosigkeit treiben.“



Der Dezember-Kreistag, welcher am 14.12.2016 stattfand, stand ganz im Zeichen des Kreishaushaltes.

Informationen des Landrates

Asyl

Wie üblich gab es wieder sehr umfangreiche Informationen zu dieser Thematik.

Im Jahr 2016 wurden dem Landkreis ca. 1.250 Personen zugewiesen. Das ist nur ca. ein Drittel von den ursprünglich prognostizierten 3.922 Personen. Dadurch hat sich die Lage vor allem in den Gemeinschaftsunterkünften entspannt. Gleichzeitig erhalten viele Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis. Damit gehen diese in den Geschäftskreis SGB II über, sind somit Harz IV-Empfänger. Da diese Menschen nun verstärkt auf den Wohnungsmarkt drängen, gibt es vor allem in den Großstädten immer weniger freie Wohnungen.

Die Erstaufnahme in der zentralen Einrichtung in Rossau hat sich positiv gestaltet. Damit konnte erst einmal geschaut werden, wer kommt, wie weit ist die Registrierung, für welche Wohnform eignen sich die Flüchtlinge.

Auf Grund der geringeren Zuweisung konnten auch einige Gemeinschaftsunterkünfte geschlossen werden. Das ist wirtschaftlich sicherlich sinnvoll. Jedoch muss auch gesagt werden, dass sich in vielen Orten Unterstützer gefunden haben. Diese haben sich hervorragend um die Integration der Flüchtlinge verdient gemacht. Egal ob es der Fahrdienst zur Behörde, der Deutschunterricht oder die Vermittlung zu Vereinen etc. ist. Wenn dann diese Menschen umgesiedelt werden, weil die Gemeinschaftsunterkunft geschlossen wird, geht ein Großteil der Integration kaputt.

Bereits vorgenommene Kapazitätsreduzierungen (Schließung der Einrichtungen):

Königshain-Wiederau	60 Plätze
Döbeln, Bahnhofstr. 43	100 Plätze
Landratsamt Mittweida	40 Plätze
Flöha, Zur Baumwolle 37	40 Plätze
Rochlitz, Poststraße 20	45 Plätze
Brand-Erbisdorf/ RVW	72 Plätze
Roßwein, Döbelerstr. 58	275 Plätze

vorgesehene Schließungen / Reduzierungen

Döbeln, Mastener Str. 15	200 Plätze
Abschluss Baumaßnahme	
Human Care DL Kapazitätsanpassung	120 Plätze
Reduzierung Campanet FG	290 Plätze

Damit wurden/werden insgesamt 1002 Plätze reduziert. Nach Umsetzung dieser Maßnahmen verfügt der Landkreis über 2.088 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnprojekten sowie über 566 Plätze in Wohnungen, welche durch die GSQ angemietet wurden. In Brand-Erbisdorf gibt es eine Reserve von 100 Plätzen. **Somit müssten für die prognostizierten Zuweisungen im Jahr 2017 in Höhe von 1.461 Menschen ausreichend Plätze zur Verfügung stehen.**

Bund und Land haben für integrative Maßnahmen verschiedene Fördertöpfe aufgemacht. In unserem Landkreis sollen dafür entsprechende Plätze geschaffen werden.

- Zwei Bildungsbeauftragte/innen - 100 % Förderung durch Bund, geplante Laufzeit: 01.01.2017 - 31.12.2018
- Eine Koordinationskraft Integration - 90 % Förderung durch Land, geplante Laufzeit: 01.02.2017 - 31.12.2017
- Acht Integrationsbeauftragte/innen - 90 % Förderung durch Land,

geplante Laufzeit: 01.02.2017 - 31.12.2017

- 1,5 Aufbau von Servicestellen für Sprach- und Integrationsmittler - 90 % Förderung durch Land, geplante Laufzeit: 01.02.2017 - 31.12.2017
- Modellprogramm „Arbeitsmarktmentoren für Geflüchtete“ (Land) Arbeitsmarktmentoren (100 % Förderung) pro Landkreis werden in der Regel ein teilnehmerbezogenes Projekt gefördert (kann mehrere Arbeitsmarktmentoren umfassen), Laufzeit: 36 Monate, Beginn: voraussichtlich ab 01.10.2016, Beantragung durch Träger im Landkreis Mittelsachsen (DRK und Fort- und Ausbildungsakademie Brand-Erbisdorf), Stand: Anträge sind beide bewilligt und Mentoren eingestellt.

Wechsel in der Geschäftsführung der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH (LMK) sowie der Vereinigten Gesundheitseinrichtungen Mittelsachsen GmbH (VGE)

Dem Kreistag wurde der neue Geschäftsführer der LMK genannt. Dies ist seit dem 01.12.2016 **Florian Claus**. „Der 30jährige kann bereits einige Meilensteine in seiner siebenjährigen Karriere im Gesundheitswesen vorweisen. Der gebürtige Rochlitzer begann nach dem Abitur sein Studium des Gesundheitsmanagements an der Westsächsischen Hochschule Zwickau. Erste praktische Erfahrungen sammelte er als Referent der Geschäftsführung des Kreiskrankenhauses Freiberg, unter dem aktuellen Geschäftsführer **Gunter John**. Nach etwa zweieinhalb Jahren wechselte er zum Sana Konzern und führte als kaufmännischer Leiter die Sana Kliniken Lübeck sowie die Medica Klinik in Leipzig. Zuletzt war er außerdem als Regionalreferent Sachsen/Franken für die Sana Kliniken AG tätig.“

Quelle: Internetseite LMK

Nach dem altersbedingten Rücktritt von **Gunter John** als Geschäftsführer des Freiburger Kreiskrankenhauses sowie der VGE ist als sein Nachfolger Herr **Stefan Todtwalusch** von der Sana Kliniken AG eingesetzt worden.

Antrag unserer Fraktion zum Schulmilchprogramm

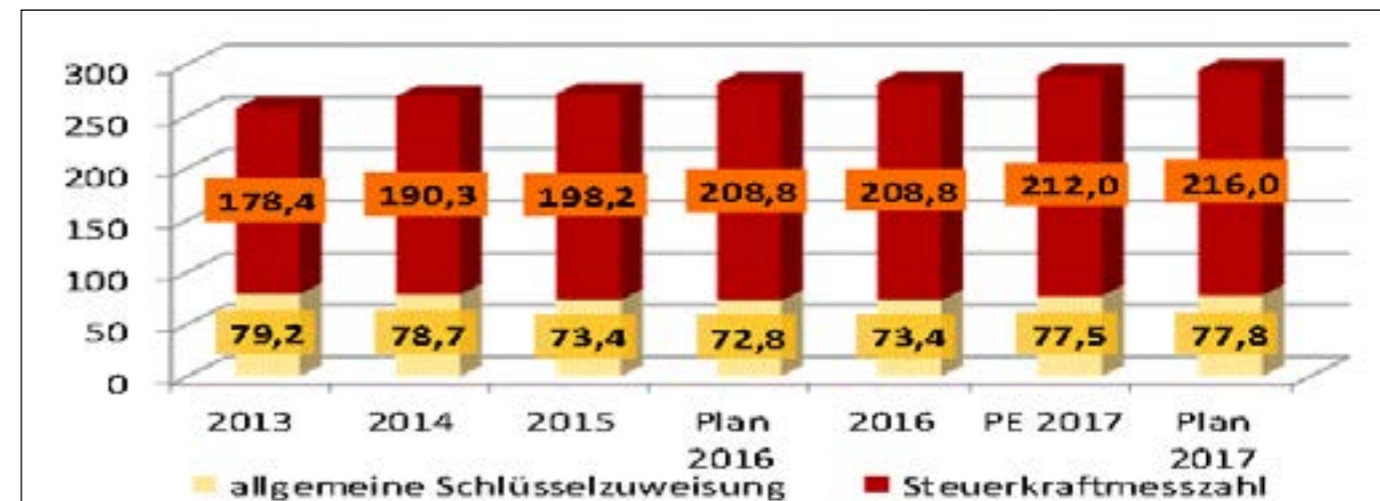
Im Januar werden alle in Trägerschaft des Landkreises befindlichen Schulen angeschrieben, um den Bedarf zu ermitteln. Eine Beschlussfassung ist zum nächsten Kreistag geplant.

Kreishaushalt 2017

Bereits im Oktober wurde der Haushaltsplanentwurf eingebracht. Zum ersten Mal seit fünf Jahren kann der Landkreis einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Dies liegt vor allem den gestiegenen Finanzzuweisungen durch das Land an die Landkreise, kreisfreien Städte sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. So steigen beispielsweise gemäß Entwurf des Doppelhaushaltes 2017/2018 des Freistaates Sachsen die allgemeinen Schlüsselzuweisungen der Landkreise 2017 gegenüber 2016 von 580,4 Mio. EUR auf 610,6 Mio. EUR (105,2 %) und die der kreisangehörigen Städte und Gemeinden von 729,5 Mio. EUR auf 774,2 Mio. EUR (106,1 %). Da die Steuerkraftmesszahl direkt von diesen Zuweisungen abhängig ist und sich die Summe der Kreisumlage auf diese Zahl bezieht, hat der Landkreis entsprechend höhere Einnahmen. (Siehe dazu das folgende Diagramm).

Etwas Verwirrung stiftet die Neuregelung beim der Umsetzung der kommunalen Entlastung durch den Bund im Finanzausgleichssystem 2017. Der Bund stellt zusätzliche Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer bereit. Diese stehen jedoch zur Hälfte dem Landkreis zu. Der SSG (Sächsische Gemeindetag) und der Sächsische Landtag habe sich darauf geeinigt, dass dies über die Kreisumlage geregelt werden soll. Somit wird ein Teil der Mehreinnahme der Städte und Gemeinden über eine Erhöhung der Kreisumlage um 0,2% realisiert. Auf der Einnahmeseite kann der Landkreis für das Jahr 2017 mit 8,3 Mio. EUR Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr planen.

In der Diskussion hat die CDU groß auf Polemik gesetzt. Da wurde gewettert, dass wir mehr Aufgaben bekommen, ohne die dafür notwendigen Mittel zu erhalten, die Kulturraumförderung wurde kritisiert. Nur wer hat denn die Mehrheiten im Bund, Land und Kreis? So ein schwacher Redebeitrag war lange nicht mehr von der CDU vernommen. Das ha-



ben auch die anderen Fraktionen aufgegriffen. So hat beispielsweise die Fraktion SPD-Grüne (Herr Krüger) festgestellt, dass die Mehreinnahmen des Landkreises eigentlich nur zu Lasten der Städte und Gemeinden gehen. Deshalb gab es aus dieser Fraktion den Antrag, die Kreisumlage um 0,15% zu senken. Damit sollte der Landkreis ein Zeichen setzen, dass er in guten Zeiten auch mal etwas zurück geben kann. Dieser Antrag wurde durch die CDU mehrheitlich abgelehnt. (44-Nein, 37 Ja, 3 Enthaltungen).

Für unsere Fraktion ging der Fraktionsvorsitzende **Gottfried Jubelt** in die Diskussion. Streitpunkt sind immer wieder die Personalkosten. Die Tarifsteigerungen sollten durch Senkungen im Stellenplan ausgeglichen werden. Das gelingt der Verwaltung nicht.

Die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung traf sich im Jahr 2016 nur einmal. Im Jahr 2017 sind Wahlen, 2018 nicht mehr. Somit ist dann auch nicht mit „Wahlgeschenken“ zu rechnen. Zum Plus im Kreishaushalt trägt auch die Streichung des Zuschusses für den Elternanteil an den Schülerbeförderungskosten bei. Obwohl unser Fraktionsvorsitzender seine Kollegen und den Landrat mehrfach darauf hingewiesen hat, wie z.B. der Erzgebirgskreis der Sache annimmt und mit großem Aufwand alle Schüler, die antragsberechtigt sind weiter fördert und für das Schuljahr 2016 / 17 schon eine halbe Million ausgezahlt hat, haben wir weder vom Landrat noch von den anderen Fraktionen Unterstützung erhalten und das trotz der in 2016 erwirtschafteten Überschüsse! **Dadurch konnte unsere Fraktion dem Haushalt NICHT zustimmen.**

Der Haushalt wurde mehrheitlich mit 49 Ja, 12 Nein und 19 Enthaltungen beschlossen.

Kosten der Unterkunft und Heizung

Die Richtlinie dazu muss alle zwei Jahre aktualisiert werden. Es konnte auf eine sehr große Zahl von Vergleichsmieten zurückgegriffen werden. Die Städte und Gemeinden des Landkreises wurden in drei Mietkategorien eingeteilt. Die Richtwerte für die jeweiligen Wohnungsgrößen und Mietpreise wurden fast vollständig angehoben. Für Bedürftige und auch für die Verwaltung gibt es nun eine rechtssichere Richtlinie. Dabei ist immer zu sagen, wenn die Werte nicht überschritten werden, erfolgt keine Prüfung. Bei einem Überschreiten muss trotzdem die Wirtschaftlichkeit auch hinsichtlich der Kosten eines evtl. Umzugs betrachtet werden.

Gesellschaftsvertrag der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH (LMK)

Prinzipiell ist das ein notwendiges Prozedere. Wir sind jedoch mit einigen Formulierungen überhaupt nicht einverstanden. Dies trifft vor allem auf den Satz „Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen als Tendenzbetrieb nach § 118 BetrVG.“ Die Auswirkung dieses Satzen ist, dass die Arbeitnehmerrechte stark beschränkt werden. Der Betriebsrat hat nicht mehr die Befugnisse wie in anderen Rechtsformen. Wir fragten zum Kreistag warum der Passus in den Vertrag

kommt. Die Antwort war, ist im Gesellschaftervertrag mit dem Krankenhaus Freiberg auch enthalten. Zudem ist dies auf Anraten der Krankenhausgesellschaft erfolgt. Daraufhin beantragten wir, dass der Satz aus dem Gesellschaftervertrag gestrichen wird. Die Abstimmung haben wir sehr hoch verloren. Leider hat selbst die Fraktion SPD-Grüne nicht erkannt, was dieser eine Satz bedeutet, denn sie hat zusammen mit CDU, FDP und anderen gegen unseren Antrag gestimmt. Aber es ist leider immer wieder zu sehen, dass selbst die SPD nicht mehr die Interessen der Arbeitnehmer vertritt.

Antrag SPD-Grüne zu einem Wirtschaftsentwicklungskonzept

Ein sehr umfangreicher Antrag, der sicherlich gut gemeint, sich jedoch kaum umsetzen lässt. Die meisten Kreisräte waren sich einig, dass wir vorhandene Strukturen besser nutzen müssen. Es jedoch nicht sinnvoll ist, ein weiteres Konzept zu erarbeiten. Demzufolge wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Pilotprojekt „Junior-Ranger-Konzept“

Seit 2013 wird im Landkreis Mittelsachsen das Projekt „JuniorRanger Natur Landkreis Mittelsachsen“ durchgeführt - nicht zuletzt mit der Zielstellung, das Potenzial an fachkundigem Personal u. a. für das vom Landkreis zu bestellende Naturschutzehrenamt und die Pilzberater nachhaltig sicherzustellen. Beides sind Pflichtaufgaben des Landkreises. Das gegenwärtige Durchschnittsalter beträgt im Naturschutzehrenamt ca. 60 Jahre.

Dazu gibt es im Landkreis mit drei Umweltbildungseinrichtungen Kooperationsvereinbarungen. Diese bilden junge Menschen in einen mehrstufigen Verfahren zum „Junior-Ranger“ aus. Der Zuspruch an dieser Ausbildung steigt von Jahr zu Jahr. Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) möchte die in unserem Landkreis gewonnenen Erfahrungen derart vervollständigen lassen, dass diese im gesamten Freistaat genutzt werden können. Dazu soll es eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landkreis und dem SMUL geben. Diese ist vorerst bis Ende 2018 begrenzt, kann jedoch danach evtl. in ähnlicher Weise weitergeführt werden. Dafür erhält der Landkreis bis zu 100 TEUR pro Jahr.

Umweltbildungseinrichtungen im Landkreis Mittelsachsen:

- Natur- und Freizeitzentrum Töpelwinkel e.V., Töpelwinkel 22, 04720 Döbeln
- Naturschutzstation Weiditz e.V., Am Stau 1, 09306 Weiditz
- Grüne Schule grenzenlos e.V., Hauptstraße 93, 09619 Zethau

Unsere Fraktion hat mit **Dieter Kunadt** aus Leisnig einen ehrenamtlichen Pilzberater. Er hat bisher schon in der Junior-Ranger-Ausbildung mitgewirkt und sehr um Zustimmung für die Vorlage geworben.

Seit 1996 ist der **Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus** am 27. Januar bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag. Parallel dazu wurde dieser Tag von den Vereinten Nationen im Jahr 2005 zum **Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust** erklärt.

Der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus wurde am 3. Januar 1996 durch Proklamation des kürzlich verstorbenen damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt. Er bezieht sich darauf, dass das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau - das größte Vernichtungslager des faschistischen Regimes - und die beiden anderen Auschwitzer Konzentrationslager am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee befreit wurden.

Der Gedenktag soll an die Opfer eines beispiellosen totalitären Regimes während der Zeit des Nationalsozialismus erinnern. Der Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert spricht in seiner Rede in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 25. Januar 2008 von Juden, Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuellen, politisch Andersdenkenden sowie Männern und Frauen des Widerstandes, Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten, Kriegsgefangenen und Deserteuren, Greisen und Kindern an der Front, Zwangsarbeitern und Millionen Menschen, an die jährlich am 27. Januar erinnert werden soll. Diese wurden unter der faschistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet. (Quelle: Wikipedia)

Unser Redaktionsmitglied Ruth Fritzsche hat Termine von Veranstaltungen zusammengestellt, die am 27. Januar anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus stattfinden:

- Freiberg:** 11.00 Uhr: Ehrung der Gefallenen der Roten Armee und der Opfer des Faschismus auf dem Ehrenfriedhof der Roten Armee an der Himmelfahrtsgasse (gemeinsam mit der Stadtverwaltung Freiberg)
- Niederwiesa:** 13.30 Uhr: Gedenken am Mahnmal für die Opfer des Faschismus auf dem Friedhof
- Flöha:** 16.00 Uhr: Am Ehrenmal Flöha Lessingstr./Ecke Bahnhofstraße
- Oederan:** 16.00 Uhr: An den Gräbern der drei jüdischen Frauen auf dem Friedhof
- Augustsburg:** 16:00 Uhr: Am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus Ortsteil Erdmannsdorf, Rittergasse
- Rochlitz:** 17.00 Uhr: Treffen am Denkmal für die jüdischen Frauen, die in der ehemaligen Hydraulik Zwangsarbeit leisteten.
- Döbeln:** 09.00 Uhr: Treffen am Denkmal für die Opfer des Faschismus am Wettinplatz durch die Stadtverwaltung Döbeln und die Stadtratsfraktion der LINKEN sowie SchülerInnen der oberen Klassen
- Mittweida:** 09.30 Uhr: Treffen am Denkmal für die Opfer des Faschismus in den Schwanenteichanlagen der Stadtverwaltung und Genossen der LINKEN aus Mittweida



Im Vorjahr berichteten wir an dieser Stelle ausführlich über den Ehrenhain auf dem Alten Friedhof in Neuhausen, Ortsteil Dittersbach und die alljährlich dort stattfindenden Gedenkveranstaltungen. Auf unserer Foto ist der Besuch einer Delegation französischer Widerstandskämpfer und ihrer Angehörigen Ende August 2015 an der Gedenkstätte im Bild festgehalten.

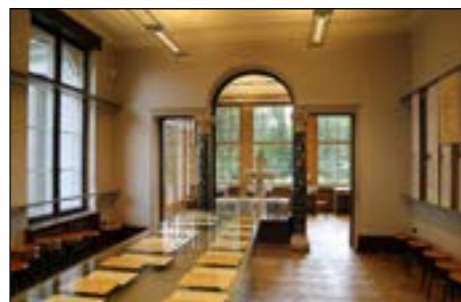
Wider des Vergessens

von Kerstin Ufer

Auf Einladung des Neuhausener Bürgermeisters Peter Haustein sowie des Gemeinderates der Kommune treffen sich alljährlich am 27. Januar anlässlich des Gedenktages der Opfer des Nationalsozialismus Einwohner der Gemeinde, sowie Bürger aus dem Kreis Mittelsachsen und dem Erzgebirgskreis zur Kranzniederlegung an der Gedenkstätte auf dem Altenfriedhof im Ortsteil Dittersbach.

Hintergrund der Gedenkstunde ist die würdige Erinnerung und Ehrung der KZ-Häftlinge, die auf den so genannten „Todesmärschen“ 1945 dem SS-Terror zum Opfer fielen. Eine Marschkolonne (ursprünglich 650 Häftlinge) des Kommandos Neustaßfurt, einem Außenlager des KZ Buchenwald, erreichte am 26. April 1945 mit 400 Überlebenden den Ort Dittersbach. Bis zum 6. Mai 1945 ermordeten die Nazis noch einmal vierundzwanzig Häftlinge. Sie wurden zunächst verscharrt und nach Kriegsende auf dem alten Friedhof beigesetzt. Ihnen zu Ehren wurde vor vierzig Jahren eine würdige Gedenkstätte errichtet, die heute von der Gemeinde Neuhausen beispielhaft gepflegt wird.

Unsere Landtagsabgeordnete Dr. **Jana Pinka** verbindet die Veranstaltung in diesem Jahr mit einer Spendenscheckübergabe in Höhe von 280 Euro. Mit dem Geld, das die Linke Landtagsfraktion, die Landtagsabgeordnete sowie Prof. Dr. **Reinhard Kluge** vom Ortsverband Brand-Erbisdorf der LINKEN zur Verfügung stellen, wird ein Bus finanziert, mit dem den Schülerinnen und Schülern der 10. Klassen der Oberschule Rechenberg-Bienenmühle die Teilnahme an der Ehrung ermöglicht wird.



In diesem Gebäude bzw. Tagungsraum fand vor genau 75 Jahren, am 20. Januar 1942, unter Vorsitz des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich die Wannseekonferenz statt. Ihre Grundlage bildete der am 31. Juli 1941 durch Reichsmarschall Hermann Göring an Heydrich ausgereichte Auftrag der Gesamtorganisation der „Endlösung der Judenfrage“. Protokollant der streng geheimen Konferenz war SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann. Heute ist das Haus eine Gedenkstätte für den Holocaust.

ausstellung zur gewalt in döbeln und freiberg

von Conny Richter

Freitag, der 13., die Grippe, ein Sturm tief namens Egon und unzählige Telefonate über Plan B bis E sind nicht das, was man gemeinhin für das Rezept einer gelungenen Veranstaltung hält. Und das mag sogar stimmen, solange eine wichtige Zutat fehlt: Flexibilität.



Am 13. Januar lud **Falk Neubert** ins Frauenzentrum Regenbogen e.V. Döbeln zur Ausstellungseröffnung „Hinter verschlossenen Türen – Einblicke zur Häuslichen Gewalt“ ein. Und trotz einiger Herausforderungen und kurzfristiger Planänderungen konnte er schlussendlich MdL **Sarah Buddeberg**, Gleichstel-

anschließenden Gespräch mit Falk Neubert wurde deutlich, dass die Vernetzung der Einrichtungen zwar gut ist, diese aber nach wie vor unterfinanziert sind. Ihre Finanzierung zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen, ist eine der Forderungen. Auch von Seiten der anwesenden Gäste wurde der dringende Wunsch formuliert, flächendeckende Sozialarbeit bereitzustellen, um auch Jugendlichen im ländlichen Raum Anlaufstellen zu bieten, in denen sie Erfahrungen mit Gewalt ansprechen können. Wichtige präventive Arbeit leisten in Döbeln auch das Gymnasium sowie Kitas, indem Kinder und Jugendliche gezielt gestärkt werden, Stop! und Nein! zu sagen. Im Anschluss an einen regen Austausch informierte Anja Eichhorn über Entstehung



lungspolitische Sprecherin der Fraktion sowie **Anja Eichhorn**, Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik der LINKEN Sachsen sowie ein Haus voller Gäste begrüßen. In ihrer Einführung wies Sarah Buddeberg auf das Grundanliegen der Ausstellung hin: Häusliche Gewalt zu thematisieren. Denn warum es sich immer noch um ein Tabuthema handelt, spiegelt sich nicht zuletzt auch in Sprichwörtern als Ausdruck gesellschaftlicher Verhaltensmuster wider. Wo immer noch Reden Gold und Schweigen Silber ist und dem Ideal von „Trautes Heim, Glück allein“ nachgeheifert wird, sind die Hemmschwellen von Opfern manchmal schlichtweg unüberwindbar: mit dem Schweigen und damit auch der Fassade des glücklichen Heims zu brechen. Im

und Aufbau der Ausstellung. So gelang Dank der Flexibilität aller eine rundum informative und vielseitige Veranstaltung, die die unterschiedlichen Facetten eines gesamtgesellschaftlichen Problems widerspiegelt.

Auf etwas weniger Hindernisse hoffen wir am 7. Februar, wenn die Ausstellung um 15 Uhr im Mehrgenerationenhaus „Buntes Haus“ Freiberg (Tschaikowskistraße 57a) eröffnet wird. MdL Dr. Jana Pinka wird u.a. **Anett Schrenk**, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, MdL Sarah Buddeberg und weitere Gäste begrüßen. Es sind alle Interessierten herzlich dazu eingeladen. Die Ausstellung wird anschließend bis Freitag, den 10.02.17, vor Ort zu sehen sein.



Dr. **Jana Pinka**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Sächsischen Landtag, nahm Ende November 2016 an einer Delegationsreise nach Tatarstan teil. Sie stand unter Leitung des Sächsischen Ministerpräsidenten **Stanislaw Tillich**. In der Hauptstadt Kazan (unser Bild) symbolisieren die Maria-Verkündigungskathedrale und die benachbarte Kul-Scharif-Moschee das friedliche Zusammenleben der christlichen und muslimischen Bevölkerung Tatarstas. Das Reisetagebuch von Jana Pinka ist nachzulesen unter: <http://www.jana-pinka.de/index.php/landtagsreisen/2016/tatarstan>

monolog eines nachdenkenden wutbürgers

von Jana Lang, Rochlitz

Liebe Bundesregierung!

Bin ich jetzt ein Wutbürger?

Die Antwort - siehe ganz unten - lautet: „ja und nein“.

Die Vorweihnachtszeit ist wie jedes Jahr geprägt von Spendenaufrufen und Übergaben von Spenden. Warum nutzt man dazu die Weihnachtszeit? Ist man die anderen elf Monate des Jahres in irgendeiner Form unfähig, etwas Gutes zu tun? Nein, sage ich. Große Unternehmen und Konzerne, die den viel zu vielen Bedürftigen Menschen in unserem reichen Deutschland etwas zukommen lassen in all ihrer Güte, oder wie man es sonst auch nennen will, werden letztlich bei Entgegennahme dieser Spenden mit einer Quittung belegt, um diese Gabe beim Finanzamt abzusetzen. Letztlich spendet also der Steuerzahler, du und ich.

Für die kommende Zeit wurde schon angekündigt, dass die Nichtbedürftigen leider gezwungen sind, durch steigende Kosten, das zu erwartende Minus an den Endverbraucher weiter geben zu müssen. Strom, Gas, Fahrscheine, Benzin.... Und überall verdient der Staat reichlich mit, und somit konnte unserer Bundesregierung der große Wurf gelingen, ab 2017 nochmal 2,00Euro Kindergeld drauf zu packen. Mensch, Herr Schäuble, wie soll ich meinen Kindern erklären, dass sie jetzt jeden Monat drei Doppelbrötchen mehr essen müssen? Und so kurz vor der Bundestagswahl die Ankündigung, dass die Steuern nicht erhöht werden sollen. Gibt es überhaupt noch irgend etwas steuerfreies in unserem Land? Vielleicht kommt Ihnen kurz nach der Wahl noch eine Idee, was man noch besteuern könnte.

Die Maut, das ist grundsätzlich eine gute Idee, denn unter dem Vorwand, dass man ausländische Nutzer unserer Infrastruktur an den Erhaltungskosten beteiligen möchte, trifft man wahrscheinlich Unmengen an Pendlern, die unzählige Kilometer zur Arbeit inkauf nehmen. Dass diese sich beim Besitz von umweltfreundlichen Autos das Geld über die KFZ-Steuer wiederholen können, halte ich für einen Scherz. Vielleicht betrifft das auch nur die abgasmanipulierten Fahr-

zeuge. Kurbelt man damit gleich die Autoindustrie mit an oder könnte man einfach die Unsummen von Einnahmen aus der KFZ-Steuer zweckgebunden einsetzen? Das ungleiche Ost-West-Niveau bei den Renten abzubauen, wäre ja in all den Jahren nach der Wiedervereinigung eine Zumutung gewesen. Ich möchte gern wissen, wie Sie einem Dachdecker, einem Altenpfleger oder einem Lehrer erklären, dass er nicht in den wohlverdienten Ruhestand gehen kann. Statt dessen verkaufen Sie dem Volk, dass viele Rentner weiterarbeiten, weil ihnen langweilig ist.

Klar, Statistiken erheben, das können wir gut. Damit am Ende alles gut klingt, verpacken wir das schön, vor und nach Weihnachten. Wir stellen zwar fest, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander drifft, aber mit einer geschönten Statistik ist das Problem schnell zu lösen. Über 200 gesetzliche und private Krankenkassen, die wahrscheinlich letztlich keiner braucht, erwirtschaften Millionen und müssen trotzdem die Beiträge anheben. Am besten schieben wir es denjenigen in die Schuhe, die mit Husten und Schnupfen in die Notaufnahme gehen.

Aber hätten wie diese Unmenge nicht, könnten wir unsere gesunkenen Arbeitslosenzahlen nicht mehr verkaufen, somit wäre die Statistik nicht mehr schick. Über unsere Polizisten, die, wie längst bekannt, am Limit arbeiten, warten wir in der Öffentlichkeit mit Überstunden auf, und wenn sich ein Polizist mal wehrt, dann ist das einen riesen Rummel in den Medien wert. Dass man den Beamten das Weihnachtsgeld gestrichen hat, sie ihre Überstunden nicht absetzen können, weil man die Polizei kaputtspart und das mit sogenannten Hilfspolizisten wieder aufwerten will, ist ebenfalls als Versagen zu betiteln. Jedes Fußballspiel, bei dem es allein um Sport gehen sollte, wird von hunderten Polizisten begleitet, andererseits kaufen Vereine Spieler für Millionen ein.

Bin ich jetzt ein Wutbürger? Die Antwort lautet „ja und nein“.

Ja, weil ich überzeugt bin, dass so einiges schief läuft in diesem Land und es wohl zur Bundestagswahl viele lange Gesichter geben wird.

Nein, weil ich immer noch davon überzeugt bin, dass sich etwas ändern kann, wenn jeder einzelne seinen Beitrag leistet, mit einem Herz, das links schlägt - Und das nicht nur zur Weihnachtszeit.

Man verzeihe mir etwas Zynismus in meinen Ausführungen...

hannah arendt: arbeiten, herstellen, handeln - vom tätigen leben

von Reik Kneisel
Hannah Arendt – geboren 1906 in Hannover, gestorben 1975 in New York, eine der bedeutendsten politischen Theoretikerinnen und Philosophinnen unserer modernen und postmodernen Gesellschaft. Sie studierte Philosophie, Theologie und Griechisch bei Heidegger, Jaspers u.a. und war lange Zeit als freie Schriftstellerin und Dozentin tätig. Sie lehrte in Chicago und zuletzt in New York im Fach Politische Theorie.

Was für eine Rolle spielt sie für uns Linke heute noch? Welche ihrer Gedanken können wir in unsere politische Theorie einbauen?

Manch einer denkt sofort daran, dass Hannah Arendt nur Philosophin war und sich mit dem Denken der Großen auseinandersetzte. Doch dass das nicht richtig ist, beweist schon der Titel eines ihrer Bücher „Über die Revolution“, wo sie die Revolutionen in Frankreich und Amerika sehr intensiv studierte. Eingangs nimmt sie sogar Bezug auf ein Lenin-Zitat und führt immer mal wieder in ihrem Korpus Marx als Quelle auf.

Arendt und Marx

Auf Marx'sche Philosophie bezog sie auch ihr philosophisches Hauptwerk, was heute zum Tragen kommt, wenn wir über das Leben debattieren. „Vita activa – oder Vom tätigen Leben“ ist der Titel des Buches und fasst auf knapp 400 Seiten Text ihre Sicht auf das menschliche Leben zusammen. Vita activa bedeutet für Hannah Arendt das Leben in Form von Arbeiten, Herstellen und Handeln. Diese drei wichtigen Dinge, die den Menschen zu dem machen, was er ist, ist das Resultat aus einer Kritik und Erweiterung der Marx'schen Haltung, was Arbeit und Konsum angeht. Für Arendt gibt es nämlich mehr, als den Prozess der Arbeit.

Vita activa

Arbeiten bedeutet das Leben unterhalten und konsumieren. Sie führt noch nicht zum Ziel, denn für Hannah ist es nicht lebenswert, nur zu arbeiten,

um zu existieren und zu konsumieren. Deshalb stellen die Menschen her: Handwerker und andere Schaffende konstruieren Dinge, die Bestand haben und mehrere Generationen überdauern und so einen gewissen Wert besitzen, der sich allerdings abnutzt.

Das höchste Gut des Menschen ist allerdings das Handeln, welches im öffentlichen Raum stattfindet, wo sämtliche Charaktere zusammentreffen. Dort entsteht in Rede und Widerrede etwas, was die Gesellschaft als Ganzes stärkt und voranbringt.

Diese drei Grundlegenden Tätigkeiten sind für Hannah Arendt ausschlaggebend und weisen auf mehr als nur

Antisemitismus und seiner Formen sowie andere Auswüchse von Hass in totalitären Systemen. Sie sah als eine Grundlage der Ausbreitung dieses Hasses den Imperialismus nach Rosa Luxemburg und machte schlussendlich diese totalen Systeme mit ihren Machthabern dafür verantwortlich, dass sich das politische Bewusstsein der Menschen immer mehr verkleinerte. So würden die Individuen immer mehr von Handeln entfremdet und ihrer Fähigkeiten, frei handeln zu können, beraubt.

Was nehmen wir mit?

Ihr Schaffen und ihr gesamter Kanon spielt eine wichtige Rolle im täglichen politischen Engagement, nehmen wir doch als Linke bewusst unsere Fähigkeit des Handelns wahr und treten in den Kampf gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jedes Individuum teilhaben kann und sich an der öffentlichen Diskussion beteiligt. Wir wollen all

das hin, wofür wir eigentlich kämpfen: sie skizziert mit dieser Theorie ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, welche jedem einzelnen Individuum nützen und die auch jedes Individuum beteiligt – beim Arbeiten oder im öffentlichen Raum. (Ihre Gedanken dazu konkretisiert sie in Über die Revolution, wenn sie das politische System genauer erklärt.)

Auf diese Grundlage stützt Arendt auch ihre Kritik an der Ausprägung von Bürokratien in sämtlichen System der modernen Welt. Diese elitären Gebilde hatten ihrer Meinung nach schon in den 50er Jahren und davor dafür gesorgt, dass sich Menschen immer weiter vom Handeln entfernten und so in ihrer politischen Handlungsfreiheit eingeschränkt wurden, weil nur diese Eliten wirklich handeln konnten.

Kritik am Totalitarismus

Seit der Machtergreifung der Nazis und schon weit vorher, war für die „nicht bewusste“ Jüdin klar, dass totalitäre Systeme – Stalinismus, Nationalsozialismus – ein Unding für Menschen darstellen. Die analysierte sie in ihrem fundierten Werk Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft und betrachtete hierbei die Entwicklung des

das, was die Menschen auszeichnet erhalten und denen die Macht geben, die sie wirklich haben sollten. Das sind Punkte, für die auch Hannah Arendt stand und die sie in schmerzlichen Debatten über ihre Werke verteidigt hat. Sie sorgte zu Lebzeiten für Aufruhr, war sie gewagt und hatte den Mut, manchmal Dinge zu schreiben, die sonst keiner schrieb.

Innerhalb unserer Bewegung sollten wir uns viel mehr damit befassen, was sie uns hinterließ, denn es lohnt sich, allein, weil sie ein gutes und schönes Leben glaubte und daran auch festhielt.

Schlussendlich ist es ja in unserem Sinne, für diese Dinge im Leben zu kämpfen, wenn wir auch an unsere ideale denken. Wir müssen Hannah Arendt auch unbedingt kennen, wenn wir beginnen, unsere Vorstellung eines Systems an die unsere Moderne anpassen. Hannah Arendt – eine starke und einprägsame Frau, die mehrere Generationen mit ihren Gedanken verändert, weil sie ein ausschließlich positives Bild vom menschlichen Leben hat, wenn es denn nicht gerade von kapitalistischer Gier und Macht von seinem Handeln entfremdet wird.

Fotoquelle: Wikipedia

nochmals zu sarah wagenknecht

von Reik Kneisel

Sahra hat es schon wieder getan. Wen wundert es wirklich? Nun spaltet sich die Partei erneut in ein **Pro-Sahra-Lager**, welches vormals Unterschriften für ihre Krönung sammelte und in ein **Anti-Sahra-Lager**, das versucht, sie der Macht in der Fraktion zu entheben und ihr einen Platz an irgendeinem Schreibtisch zu versorgen, von dem aus sie keinen Unsinn mehr erzählen kann.

Vor einigen Ausgaben, hatte ich es gewagt, das Wort gegen unsere Fraktionsvorsitzende im Bundestag zu erheben, und ihr vorzuwerfen, dass sie mit ihren Aussagen am rechten Rande fischte. Heute stelle ich fest, dass ich bei weitem nicht der einzige Mensch war, der ihr das vorzuwerfen hatte.

In der LINKEN vor Ort gab es dann plötzlich große Diskussionen darüber, was mir einfallen würde, so etwas zu behaupten, und wie ich überhaupt dazu käme. Die Kritik ließ ich an mir abprallen, hatte ich mir nichts zu Schulden kommen lassen, außer, dass ich meinen Standpunkt zu Sahras Entgleisungen öffentlich machte.

Worauf wollte ich mit der Kritik an Sahra Wagenknecht überhaupt hinaus?

Mein Kernpunkt: Mehr Sozialismus, weniger Populismus. Die Kritik kommt aus allen Ecken, der Applaus über die angeblich so „ehrlichen Aussagen“ kommt hingegen nur aus einer: von der AfD.

Einige Politikwissenschaftler sagten es bereits: Wagenknechts Worte und ihre Muster stammen aus dem Repertoire der Populisten. Das ist, so denke ich, ganz ohne Zweifel. Denn wer kurz nach einem schändlichen Anschlag in Berlin plötzlich eine Verbindung zwischen Terror und Geflüchteten in Deutschland aufmacht, der redet ganz offen denen nach dem Mund, die sich jeden Montag zum „Spazieren“ treffen und dort „Merkel muss weg!“ rufen. Noch dazu sagte Wagenknecht Merkel ja auch Mitverantwortung an dem Anschlag nach, weil sie die 2015 Grenzen öffnete.

... Sicher reibt sich Sahra Wagenknecht immer wieder an Punkten, die der Regierung wehtun, aber sie tut das mit falscher Absicht, so werfe ich es ihr vor. Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir uns mit den Geflüchteten verbünden und mit ihnen gemeinsam den sozialistischen Kampf gegen das Kapital führen. (redaktionell gekürzt, voller Text kann bei der Redaktion angefordert werden)

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand führte am 16. Januar im Bürgerbüro Döbeln seine erste Sitzung im Jahr 2017 durch. Im Mittelpunkt standen folgende Schwerpunkte.

■ **Verständigung zu aktuellen Aufgaben der politischen Arbeit in den nächsten Wochen.** Im Mittelpunkt dabei das Wahlprogramm und die Wahlstrategie der LINKEN in Vorbereitung der Bundestagswahlen. Der Leiter des Wahlstabes **Lars Kleba** informierte über die vorgesehenen Schwerpunkte der ersten Beratung des kreislichen Wahlstabes am 26. Januar.

■ **Ein intensiver Meinungs austausch zum Beschluss des Landesparteitages der LINKEN vom Juni 2016 in Neukiritzsch zu „Zustand und Entwicklung des Landesverbandes“.** Dazu erläuterte Lars Kleba als Mitautor und Mitglied der Arbeitsgruppe „Präsenz, Struktur, Mitgliederentwicklung“ des Landesverbandes das Dokument, welches vor allem eine Situations- und Problembeschreibung darstellt und in vielfältigen Diskussionen zu Lösungsansätzen vor allem in der Mitglieder- und Finanzentwicklung sowie der Arbeit der Gremien führen soll.

■ **Der Schatzmeister Hans Weiske** informierte über den Jahresabschluss 2016. Durch eine erhebliche Steigerung der Mitgliedsbeiträge und die Ausgabedisziplin im Kreisvorstand und in den Ortsverbänden konnten Rücklagen gebildet werden, die vollständig für die Landtags- und Kommunalwahlen im Jahr 2019 genutzt werden sollen. Die solide Finanzierung des Bundestagswahlkampfes 2017 ist mit dem aktuellen Finanzplan gesichert.

■ **Der Kreisvorstand verständigte sich zu den Aktivitäten in den Ortsverbänden anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar und zu weiteren Terminfragen im Januar und Februar.**

■ **Der Kreisvorsitzende Falk Neubert** informierte über juristische Schritte, welche die Kreistagsfraktion der LINKEN mit Unterstützung der Landtagsfraktion gegen Passagen der am 19. Oktober im mittelsächsischen Kreistag beschlossenen neuen Geschäftsordnung eingeleitet hat.

nachdenken(s) - wert(es)

Alle Revolutionen haben bisher nur eines bewiesen, nämlich, dass sich vieles ändern lässt, bloß nicht die Menschen.

Karl Marx

Man entdeckt keine neuen Erdteile, ohne den Mut zu haben, alte Küsten aus dem Auge zu verlieren.

André Gide

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



im monat februar 2017 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Gottfried Schlehahn	geb. am 01.02.1932,	in	Döbeln
Rudolf Wehner	geb. am 01.02.1934,	in	Freiberg
Christian Glatte	geb. am 01.02.1936,	in	Rossau
Hans Haferkorn	geb. am 04.02.1929,	in	Mittweida
Franz Panuschka	geb. am 04.02.1947,	in	Waldheim
Renate Heller	geb. am 04.02.1052,	in	Mittweida
Helga Wiedemann	geb. am 06.06.1935,	in	Augustusburg
Irene Weber	geb. am 07.02.1929,	in	Rochlitz
Annelies Uhlmann	geb. am 09.02.1921,	in	Freiberg
Dietmar Preißler	geb. am 09.02.1936,	in	Flöha
Kurt-Günter Woller	geb. am 10.02.1928,	in	Neuhausen/E.
Annelies Malaschewski	geb. am 11.02.1942,	in	Mittweida
Rita Kreßner	geb. am 12.02.1928,	in	Burgstädt
Brigitte Sontowski	geb. am 14.02.1935,	in	Freiberg
Heinz Braun	geb. am 14.02.1952,	in	Brand-Erbisdorf
Waltraud Kaupisch	geb. am 16.02.1942,	in	Roßwein
Kurt Meinekat	geb. am 19.02.1932,	in	Penig
Margret Naumann	geb. am 20.02.1937,	in	Penig
Margot Preißler	geb. am 21.02.1937,	in	Flöha
Manfred Rantzuch	geb. am 23.02.1934,	in	Rochlitz
Sieglinde Brendel	geb. am 24.02.1957,	in	Roßwein
Ludwig Galiläer	geb. am 28.02.1933,	in	Freiberg
Gerhard Meyer	geb. am 28.02.1925,	in	Roßwein

jahrestage im januar und februar 2017

11.01. 1892: Die erste Nummer der „Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“ erscheint in Stuttgart.

23.01. 1937: Zweiter Schauprozess in Moskau gegen das sogenannte „sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum“.

01.01. 1942: Deklaration der Vereinten Nationen über Ziele und Grundsätze des gemeinsamen Kampfes gegen die faschistischen Achsenmächte.

20.01. 1942: Wannseekonferenz über die „Endlösung der Judenfrage“.

01.01. 1947: Der Vertrag über die Vereinigung von britischer und amerikanischer Zone zur Bizone tritt in Kraft.

06./07.01. 1947: Gründung der FDP in Obladen.

28./29.01. 1947: Kulturkonferenz der SED u.a.

zur Stellung zur Kirche und zum Christentum.

01.01. 1957: Das Saargebiet gehört wieder zur Bundesrepublik Deutschland.

05.01. 1957: Verkündung der sogenannten Eisenhower-Doktrin im USA-Kongress.

21.01. 1957: Der Deutsche Bundestag verabschiedet die Neuregelung des Rentenversicherungsrechts. Sie gilt rückwirkend ab 01.01. 1957. Die Renten werden dynamisiert und folgen fortan den Löhnen.

28.01. 1957: Der ehemalige Abwehrchef der Wehrmacht, Reinhard Gehlen, wird zum ersten Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) ernannt.

30.01. 1957: Auf der 30. Tagung des ZK der SED unterbreitet Walter Ulbricht den Vorschlag, eine Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten zu bilden.

Fortsetzung Seite -12-

terminübersicht

januar 2017:

- 26.01. 15 Uhr Beratung des Wahlstabes der LINKEN Mittelsachsen
- 26.01. 19 Uhr Lesung mit Peter Porsch
Freiberg, Rösterei Momo, Korn gasse 3
- 27.01. 11 Uhr Gedenktag für die Opfer der Naziherrschaft
(Gesamtübersicht der Termine auf Seite -8-)
- 30.01. 14 Uhr Redaktionssitzung der „LinksWorte“
Bürgerbüro Freiberg, Domgasse 7
- 31.01. 13 Uhr Fachgespräch zu „Reichtum und Armut“ mit Prof.
Christoph Butterwegge, Kandidat der LINKEN für die
Bundespräsidentenwahl 2017
Freiberg, Hotel Regenbogenhaus, Brückenstraße 5

februar 2017:

- 07.02. 15 Uhr Eröffnung der Ausstellung zu häuslicher Gewalt
Freiberg, Buntes Haus, Tschaikowskistraße 57a
- 11.02. 11 Uhr Regionalkonferenz Ost zur Diskussion des Entwurfs des
Bundestagswahlprogramms der LINKEN
Felsenkeller Leipzig, Karl-Heine-Straße 3



Einer jahrzehntelangen Tradition folgend trifft sich die deutsche Linke jeweils am zweiten Sonntag im Januar an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde und gedenkt der am 15. Januar 1919 meuchlings ermordeten Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und vieler anderer deutscher Sozialisten, die am Ehrenmal beige-
gesetzt sind. Auch in diesem Jahr, dem 98. Jahrestag der Ermordung von Karl und Rosa, kamen wieder Tausende zu den Gräbern und legten rote Nelken nieder.

Gute Tradition ist es auch, dass alljährlich eine kleine Delegation unseres Kreisverbandes nach Berlin fährt. Nach der Ehrung für die verstorbenen und ermordeten Kämpfer für Frieden und Sozialismus nahm sie am Nachmittag am politisch-kulturellen Jahresauftakt der LINKEN im ehemaligen Filmtheater „Kosmos“ teil (Siehe dazu unseren Bericht auf Seite -3-).

jahrestage im januar und februar 2017

Fortsetzung von Seite -11-

- 07.01. 1977** Verkündung der „Charta 77“ in der ČSSR
- 28.01. 1987:** Michail Gorbatschow kündigt vor dem ZK-Plenum der KPdSU seine Politik der Perestroika an. Bis zum Juli werden entsprechende Gesetze und Beschlüsse auf den Weg gebracht.
- 01.01.1992:** Das Stasi-Unterlagen-Gesetz tritt in Kraft.
- 09.01. 1997:** Schriftsteller, Künstler, Gewerkschafter und Kirchenvertreter fordern in ihrer „Erfurter Erklärung“ zu einem Bündnis für soziale Demokratie“ auf.
- 05.02. 1917:** Auf dem Höhepunkt der mexikanischen Revolution wird die Verfassung von Quéretaro verkündet.
- 11.02. 1937:** Nach einem großen Streik bei General Motors gelingt der Durchbruch für die Bewegung der Industriegewerkschaften in den USA.
- 13.02. 1937:** Siegmund Jähn in Morgenröthe-Rautenkranz geboren.
- 01./03.02. 1947:** Verabschiedung des Ahlener Wirtschaftsprogramms der CDU in der britischen Zone.
- 22./23.02. 1947:** Konferenz zur Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Berlin. Im Vorfeld waren bereits einige regionale und Landesverbände in den anderen Besatzungszonen entstanden.
- 25.02. 1947:** Der Alliierte Kontrollrat verfügt mit dem Gesetz Nr. 46 die Auflösung des Staates Preußen.
- 14.02. 1957:** In der BRD wird im Ergebnis eines viermonatigen

Streiks der MetallarbeiterInnen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle eingeführt.

21.02. 1957: Der Deutsche Bundestag spricht sich für die Errichtung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit Sitz in Berlin (West) aus, der die Verwaltung und Fortentwicklung des ehemaligen Kulturbesitzes Preußens übertragen wird.

22.02. 1957: Die Evangelische Kirche in Deutschland schließt in Bonn den Vertrag über die Militärseelsorge für die Bundeswehr ab.

13.02. 1967: In der Türkei schließen sich fünf Gewerkschaften zur Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei zusammen.

20.02. 1967: Die Volkskammer der DDR beschließt das „Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR“.

19.02. 1977: Zu Protestdemonstrationen gegen das Atomkraftwerk Brokdorf und das Zwischenlager Gorleben versammeln sich jeweils 20.000 bzw. 15.000 Teilnehmer.

08.02. 1987: Max Seydewitz (Mitbegründer und Vorsitzender der SAP, 1947 bis 1952 Ministerpräsident von Sachsen) in Dresden verstorben.

02.02. 1992: Unterzeichnung des Vertrages von Maastrich zur Wirtschafts- und Währungsunion in der EG.

15.02. 1992: Das Mitglied des Bundestages Prof. Dr. Gerhard Riege (PDS-Fraktion) scheidet aus dem Leben. Er fühlt sich den ständigen Anfeindungen und Angriffen der politischen Gegner nicht mehr gewachsen.

Hermann Axen (ehemaliges Mitglied des Politbüro des ZK der SED) verstorben.

19.02. 1997: Der langjährige Spitzenpolitiker der Volksrepublik China, Deng Xiao Ping, stirbt im Alter von 92 Jahren.